





Der Zeuge, Kapitänleutnant a. D. Tischler, hat dies ausdrücklich vor dem Reichsgericht bestätigt: „Die drei Maschinistenmaats, welche sich weigerten, mit zu marschieren, waren erst kurz vorher angekommen und keine richtigen Ehrhardtisoldaten.“ Die richtigen Ehrhardtisoldaten, das waren also die unverdächtigsten, das waren diejenigen, zu denen Koste bei einer Befichtigung im Herbst 1919 sagte: „Ihr seid meine Getreuesten. Für Euch werde ich jederzeit sorgen.“

Und wer hat schließlich den Putsch, der nach der ganzen Sachlage kommen mußte, der von uns und allen einsichtigen Politikern vorausgesehen wurde, abgewehrt? Wer hat die Kappisten, wenigstens vorübergehend, in die Mausefänger gejagt? Wer hat sie gezwungen, das politische Kampffeld schneller als gewollt aufzugeben? Nicht Südekum und Heine, nicht Koste und sein schnarrendes Generäle, nicht die angeblichen politischen Kunststücke, die die Regierung erst in Dresden und dann in Stuttgart aufführte, haben die Republik vor dem Anschlag der militärischen Meute gerettet. Gerettet wurde die Republik lediglich durch die Arbeiter, und zwar in erster Linie durch jene Arbeiter, die bisher das Objekt der Kosteschen Regierungspolitik waren, die mit außerordentlichen Kriegsgewaltigkeiten, Standrecht, Belagerungsrecht und Schußhaft niedergehalten wurden. Ohne das opferwillige Auftreten dieser Arbeiter hätte das Kapp-Unternehmen nicht so schnell jenes klägliche Ende genommen, das es gefunden hat. Dieses Auftreten der Arbeiter war es, welches den Kappisten in der Reichstagszeit die Furcht in die Knochen jagte, welches sie nervös und handlungsunfähig machte, welches selbst einem Ludendorff den Schreck in die Glieder fahren ließ.

Von dem wichtigen Eindruck des Generalstreiks abgesehen, war es in erster Linie der Kampf der Arbeiter im Ruhrgebiet, der die Kapp-Regierung zum Abgang zwang. Der Generalstreik allein hätte als Abwehrmittel nur defensiven Charakter und war obenrein von Anfang an nur auf einen gewissen Zeitraum beschränkt, weil die Arbeiter schließlich Beschäftigung haben mußten, um leben zu können. Diesen Generalstreik allein fürchteten die Kappisten also nicht. Aber sie fürchteten den Kampf der bewaffneten Arbeiter, die sich im Ruhrgebiet wider die räuberischen Horden der Freikorps erhoben hatten und sie rücksichtslos aufs Haupt schlugen. Diese Bewegung hätte sich zwangsläufig über ganz Deutschland ausbreiten müssen. Die Gefahr einer sozialistischen Regierung, gestützt auf die bewaffnete Macht des Proletariats, rückte immer drohender in die Nähe. Den Kappisten war aber die bürgerlich-demokratische Republik immerhin noch angenehmer als eine Republik der sozialistischen Arbeiter.

Und den Männern der alten Regierung, die angstschütter nach Stuttgart entwichen war, war ihre Rückkunft und die Fortsetzung des alten bisherigen Bündnisses lieber, als eine Alleinherrschaft der Arbeiter. Deshalb schlossen sie jenen Pakt mit der eben noch meuternden Generalkität. Das Gespenst des Bolschewismus, aus der Kumpfkammer des politischen Arsenalts engstirniger Männer hervorgeholt, einte die Treiber und die Vertriebenen. Die glückliche Rückkehr der entflohenen Regierung sicherte den Meuterern einen ebenso glücklichen Abgang. Gemeinsam richtete sich nunmehr der aufgespeicherte Zorn gegen die Arbeiter. Ihre Erhebung wurde im Blute erstickt. Das weitere besorgten die außerordentlichen Kriegsgesichte, die nicht gegen die Kappisten, sondern gegen die Arbeiterpartei voringen, die eben noch mit beispiellosem Opfermut und unter Mißachtung ihres Lebens die Republik gerettet hatten.

Welchen Ausgang der Prozeß vor dem Reichsgericht in Leipzig auch nehmen mag — die Geschichte hat bereits ihr Urteil gesprochen. Die Schuldigen sind gerichtet. Wenn sie noch eine Rolle im politischen Leben spielen können, so verdanken sie das neben der politischen Dummheit in erster Linie der Bergeshöhe breiter Volksschichten, zwei Eigenschaften also, die charakteristisch für das deutsche Volk sind und die bisher der Reaktion in jeder Gestalt und in jedem Zeitabschnitt die Bedeutung gaben, die sie, zum Schaden jedes Fortschrittes, genießt.

## Verzicht auf die Hochverratsanklage?

Drahtmeldung unseres Korrespondenten.

Leipzig, 14. Dezember.

Die heutige Verhandlung beendete die Beweiserhebung und brachte die Anberaumung der Plädoyers auf Freitag. Dabei machte der Reichsanwalt die wichtige Mitteilung, daß neben dem Hochverratsparagrafen auch der § 114 des Strafgesetzbuches (Vergeltung eines Beamten zu einer Umhandlung) in Frage käme und daß erst, der Hochverratsparagraf ganz ansfallen könne. Man wird Freitag sehen, was das zu bedeuten hat.

Im Mittelpunkt stand diesmal Herr Dr. Südekum, preussischer Finanzminister a. D. und früherer rechter Rechtssozialist. Er erschien mit dem Band des Eisernen Kreuzes im Knopfloch und leistete den Eid unter Anrufung Gottes, was bekanntlich Koste und Hirth verschmähten. Ob diese Formel einem neu erworbenen religiösen Bedürfnis des Herrn entsprach oder ob er sie als eine Keuzerlichkeit betrachtete, die jeder zu erfüllen hat, der zur guten Gesellschaft gehören will, eine Keuzerlichkeit, wie gutshändige Gehörde und dekorative Kravatten, bleibt dahingestellt.

Herr Südekum war sehr entrüstet über Herrn Donós „romantische Erzählung“, die ihn allerdings in ein bedenkliches Licht gestellt hat. Er strich um so mehr seine entscheidende Stellung und seine angeblich umfassende Tätigkeit zur Organisation des Widerstandes heraus. Ob es Herrn Südekum gelungen ist, die „romantische Erzählung“ des Herrn Donós zu entkräften, bleibt der freien Beweiswürdigung der Öffentlichkeit überlassen. Jedenfalls klingen seine Keuzerungen über Hindenburg und andere entschieden etwas gezwungen, viel gezwungener, als die Darstellung Donós. Auch fiel es auf, daß Herr Südekum sich zunächst mit einem summarischen Dementi begnügte und erst auf Drängen der Verteidigung sich in unbehagliche Einzelheiten einließ. Daß er seine Darstellung, wenn auch nur in Nebenpunkten, der Donós annäherte, wurde von der Verteidigung wehlich ausgenutzt, um sein Zeugnis als erschüttert hinzustellen. Fernstehender ist das Abdrücken Südekums von der damaligen Reichsregierung und seine Desapourierung in der amtlischen Erklärung, daß von Herrn Schiffer keine Verhandlungen geführt worden seien. Er empfand es als selbstverständlich, daß man angesichts der „kommunistischen Gefahr“, die die Regierung zwischen zwei Feinden hätte bringen können, mit den Kappisten verhandelte, um sie unklug aus der Wüste herauszubringen.

Aus der Befragung des damaligen Schönbesserges Oberbürgermeisters Dominicus ist erwähnenswert seine Bemerkung über die große Beunruhigung der Mehrheit der Bevölkerung, wodurch die lustigen Angaben der Traub und Konforten über den „einmaligen Jubel der Bevölkerung“, der noch die Be-

geisterung des August 1914 überzossen habe, auf das richtige Maß zurückgeführt wurden.

Ein General von strengerer Auffassung als die meisten seiner damaligen Kameraden ist General Reinhardt, der den General Hülsen, weil er zu lässig ging, für unzuverlässig hielt und ihm deswegen den Aufenhalt der Regierung nicht nannte. Aus General von Odersbauens Aussagen sind wichtig jene, die da zeigen, daß Ehrhardt am Vorabend des Kapptages lehrte genau wußte, was er vorhatte und was seine Tat bedeutete. Die übrigen Zeugen waren von minderen Belang und wiederholten meist Bekanntes.

## Helfershelfer der Kappisten

Eine neugierige Anfrage

Unsere Genossen haben im Landtag folgende Anfrage eingebracht:

In dem Prozeß gegen Jagow und Genossen vor dem Reichsgericht in Leipzig wurde festgestellt, daß die Führer des hochverräterischen Unternehmens, Kapp, Oberst Bauer, Hauptmann Pabst, kurz vor dem Ausbruch des Putsches deshalb nicht verhaftet werden konnten, weil sie vorher telephonisch gewarnt worden waren, so daß sie unter Mitnahme des wertvollen Beweismaterials verschwinden konnten.

Die Warnung erfolgte durch den Regierungsrat Frohße von der Abteilung Ia des Berliner Polizeipräsidiums, der in seiner amtlichen Eigenschaft von der angeordneten Festnahme und Durchsuchung Kenntnis erhalten hatte und mit der Durchführung dieser Maßregeln beauftragt war. Frohße hat sich somit eines Amtsverbrechens schuldig gemacht, daß nach § 336 des St. G. B. mit Justizhaus geahndet werden muß.

Kann die Staatsregierung darüber Auskunft geben, welche Folgen dieses Verhalten für Frohße gezeitigt hat? Ist er strafrechtlich und disziplinarisch dafür zur Verantwortung gezogen worden? Wo und in welcher amtlichen Stellung ist Frohße jetzt beschäftigt?

## Beschlüsse der Reparationskommission

Die bisherigen deutschen Schiffsablieferungen

CC. Paris, 14. Dezember.

Die Reparationskommission hat in ihrer letzten Sitzung folgendes beschlossen: Die Reparationskommission hatte die bis zum 1. Mai 1921 von Deutschland abgelieferten Schiffe bereits früher mit 745 Millionen Goldmark bewertet. Seit diesem Zeitpunkt hat Deutschland an Passagierschiffen 1694 Tonnen, an Lastschiffen 100 046 Tonnen, an Segelschiffen 95 153 Tonnen, an Fischerbooten 88 Tonnen, insgesamt 197 290 Tonnen geliefert. Die Kommission beschloß, dem Kreditkonto Deutschlands 10 244 468 Goldmark gutzuschreiben, doch sind von dieser Summe noch die Ausgaben für Transport, Reparaturen und Verkauf in Abzug zu bringen. Zweiteins beschloß die Kommission, eine Abordnung nach Berlin zu senden, die die Maßnahmen prüfen soll, wie das allgemeine Vorgehen bei den Naturalleistungen vereinfacht und abgekürzt werden kann.

Die Kommission hat ferner beschlossen, der Tschchoslowakei das Recht zuzuerkennen, daß diese gemäß Art. 238 des Versailler Vertrages, Art. 184 des Vertrages von St. Germain und Art. 168 des Vertrages von Trianon vom 28. Oktober das Recht auf Rückkattungen habe, womit die Tschchoslowakei als alliierte und assoziierte Macht anerkannt wird.

Abreise Briands am 18. Dezember

Die Abreise Briands nach London ist auf den 18. Dezember endgültig festgesetzt. Die Begegnung mit Lloyd George wird am Montag, den 19. Dezember, stattfinden.

Die Weltwirtschaftskonferenz Lloyd Georges

CC. Washington, 14. Dezember.

Associaten Press meldet: Einer der französischen Diplomaten, der gegenwärtig an der Konferenz teilnimmt, erhielt eine Information, die von ihm als Anzeichen dafür ausgelegt wird, daß Lloyd George die Initiative zur Einberufung einer Weltwirtschaftskonferenz ergreifen will, nachdem er sich überzeugt hat, daß die Vereinigten Staaten nicht eine solche Absicht hegen. Der Plan Lloyd Georges würde auf eine Annulierung der Schulden Frankreichs, Italiens, Belgiens, Russlands und der beiden Balkanstaaten, soweit England in Betracht kommt, hinauslaufen, allerdings unter gewissen Bedingungen, deren eine wäre, daß Frankreich auf die Rückzahlung der Schulden anderer Alliierten verzichtet, eine andere, daß die von Deutschland zu bezahlende Reparationsschuld auf 13 1/2 Milliarden Goldmark verringert werde.

Eine Rede Hoovers über die Reparationen

DC. Paris, 14. Dezember.

Aus Washington wird gemeldet, daß Hoover in einer Rede erklärte, die Vereinigten Staaten könnten, da sie an den Verhandlungen über die Reparationen nicht teilgenommen hätten, jetzt auch nicht vermittelnd eingreifen. Das Reparationsproblem, so sagte er, sei ein rein europäisches und könne auch nur durch die beteiligten Nationen gelöst werden. Man müsse hoffen, daß die gegenwärtigen Verhandlungen, die wirtschaftliche Stabilisierung Deutschlands zu sichern gestalten, wie sie gleichzeitig den Gläubigern Deutschlands hoffentlich die Gewißheit geben werden, daß sie ihre regelmäßigen Zahlungen erhalten. Die Vereinigten Staaten weigerten sich nicht, an der allgemeinen wirtschaftlichen Wiederaufrichtung mitzuarbeiten, aber sie könnten es mit Erfolg nur tun, wenn eine endgültige Regelung der Reparationsfrage sie in den Stand setze, die Zukunft Europas mit Vertrauen anzusehen.

## Tagung des englischen Parlaments

London, 14. Dezember.

Um 3 Uhr nachmittags trat das Unterhaus zusammen, um den irischen Friedensvertrag zu erörtern.

Lloyd George, der bei seinem Erscheinen begeistert begrüßt wurde, hielt eine Rede, in der er sagte, die Bestimmungen des irischen Vertrages hätten eine größere Beachtung in der Welt gefunden, als irgendein Vertrag, der je eingegangen worden sei, ausgenommen der Versailler Vertrag. Kein Vbereinkommen zwischen zwei Völkern sei so beliebt und so allgemein begrüßt worden. Ganz England habe Verständnis über das Zustandekommen des Vertrages empfunden.

Eine so allgemeine Freude wäre unmöglich gewesen, wenn der Vertrag eine Demittigung Großbritanniens und des britischen Reiches bedeuete. Jeder Artikel des Vbereinkommens sei an die Dominions telegraphiert worden und die Regierungen der Dominions hätten ihre Billigung und Freude ausgesprochen.

Gelährdung der Versorgung mit Düngemitteln. Das Stillschließen verleierte eine Erklärung, wonach behauptet wird, daß die Wagenstellung in der letzten Zeit so ungenügend war, daß die Versorgung der Landwirtschaft mit Düngemitteln ins Stocken geraten sei. Die Produktion und die Vorräte reichten aus, um den Bedarf zu decken, jedoch fehlte es an den Wagen zum Abtransport.

## Die Hochbahner-Ausperrung

Die Einigungsverhandlungen gescheitert

Auf Anregung des Demobilisierungskommissars fanden gestern zwischen den Vertretern des Hochbahnerpersonals und der Direktion Verhandlungen statt, die völlig ergebnislos verließen. Die Hochbahndirektion lehnte es nach wie vor hartnäckig ab, ihren Standpunkt zu verlassen, trotzdem die Hochbahner nicht nur von ihren ursprünglichen Forderungen zurückgegriffen sind, sondern auch durch wiederholtes Entgegenkommen bewiesen haben, daß es ihnen um die Wiederherstellung des Friedens im Hochbahnbetrieb ankommt. Auch bei den gestrigen Verhandlungen wurde von den Vertretern der Ausgesperrten ein Vermittlungsvorschlag gemacht. Dieser Vorschlag bedeutete eine Verständigung auf Grund des Schiedspruchs vom 9. Dezember, jedoch in einer leicht annehmbaren Formulierung, der die Direktion bei einigem guten Willen zustimmen konnte. Erst nach dieser Ablehnung wurden die Verhandlungen als gescheitert erklärt.

Die Hochbahndirektion wurde in ihrem Verhalten wohl dadurch bestärkt, daß der Oberpräsident als Demobilisierungskommissar es abgelehnt hatte, den Schiedspruch des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin vom 9. Dezember für verbindlich zu erklären. Zur Begründung seines ablehnenden Standpunktes führt der Demobilisierungskommissar nur formale Gründe an. Er läßt sich auf § 13 der Verordnung vom 23. Dezember 1918, wonach die Zusammenlegung des Schlichtungsausschusses nur einen unparteiischen Vorsitzenden leune und nicht „das Tätigwerden mehrerer unparteiischer Vorsitzender“ vorsehe. Tatsächlich waren auf Vorschlag des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin drei unparteiische Vorsitzende zugezogen. Es erscheint mehr als bedenklich, daß den beteiligten Herren vom Schlichtungsausschuss, der dem Demobilisierungskommissar untersteht, der § 13 der Verordnung nicht bekannt gewesen sein soll. Wie dem auch sei: Wir sind der Meinung, daß der Demobilisierungskommissar es nicht nötig gehabt hätte, sich auf diesen formalen Standpunkt zu stellen, da das Recht offenkundig auf der Seite des Personals ist, und er sich nichts vergeben hätte, wenn er durch die Verbindlichkeitsklärung dieses Recht anerkannt hätte. Wir vermuten aber, daß nicht nur die angegebenen Gründe für die Haltung des Demobilisierungskommissars bestimmend waren, sondern daß er hauptsächlich die Verbindlichkeitsklärung ablehnt, weil dem Schiedspruch vom 9. Dezember der Vermittlungsvorschlag des Reichsarbeitsministeriums vom 2. Dezember, an dem sich die Hochbahndirektion Kammer, gegenwärtig befindet.

Dieser Vermittlungsvorschlag stellt somit das Hindernis für die Verständigung dar. Das Reichsarbeitsministerium hat nach unserer Ansicht nunmehr die Pflicht, dieses Hindernis aus dem Wege zu räumen. Das kann geschehen, indem das Reichsarbeitsministerium eine neue Schlichtungskommission zusammendrängt, deren Aufgabe es ist, die Situation von neuem zu beraten und einen Ausgleich herbeizuführen.

Aber nicht nur das Reichsarbeitsministerium, sondern auch der Magistrat Berlin hat nach Lage der Sache ein weitgehendes Interesse an der Bewegung. Es ist klar, daß durch das hartnäckige Verhalten der Hochbahndirektion eine verschärfte Lage geschaffen ist, der die Arbeitergruppen der Groß-Berliner Verkehrsvereine nicht gleichgültig gegenübersehen und das durch einen Solidaritätsakt bekunden werden. Wir sind deshalb der Meinung, daß der Magistrat schon aus diesem Grunde seinen Einfluß auf die Bewegung der Hochbahner geltend machen muß. Der Streitpunkt ist jetzt lediglich noch die Höhe der einmaligen Wirtschaftshilfe, die im zweiten Schiedspruch etwas höher als im ersten vorgezogen war. Von sachmännlicher Seite ist berechnet worden, daß die ganze Differenz etwa 450 000 Mark, also ungefähr eine Dreiviertel-Tageseinnahme der Hochbahngesellschaft ausmacht. In Anbetracht dieser geringen unentgeltlichen Befallung des Unternehmens ist es Pflicht aller maßgebenden Stellen, sofort einzugreifen, um eine etwaige weitere Ausdehnung des Betriebsstreiks zu verhindern.

## Änderung im Einkommensteuergesetz

Die Bürgerlichen versprechen verminderte Besitzbelastung

Im Steueransatz des Reichstages kam es am Mittwoch zu lebhaften Auseinandersetzungen, bei denen die bürgerlichen Parteien ihre Veruche, die Besitzenden steuerlich zu schonen, wider Willen eingestellt haben. Die Mitglieder der unabhängigen und der rechtssozialistischen Fraktion verlangten, daß der Ausschuss sofort in die Beratung des Entwurfs zur Änderung der Einkommensteuer eintrete. Neben dabei aber von vornherein keinen Zweifel, daß die in dem vom Zentrum eingebrachten Entwurf offene zugute tretende Absicht, den Einkommensteuertarif vor allem zugunsten der Besitzenden zu mildern, ihren entscheidenden Widerstand hervorrufen würde. Der „Demokrat“ früher erklärte darauf, man solle die Demokraten doch nicht für so einseitig halten, daß sie sich die „Kosunen aus dem Rücken“ vornehmnehmen lassen. Sie würden sich auch nicht zu einer einseitigen Handlungswelt zu Gunsten der Lohn- und Gehaltsempfänger bereithalten. In ähnlichen Worten gab Helfferich und Dr. Becker (D. P.) kund, daß sie unter dem Deckmantel der Schonung der Lohn- und Gehaltsempfänger den ihnen unbehaglichen Steuerertrag für die Besitzenden über den Haufen rennen wollten. Mit Hilfe des Zentrums gelang es, den Eintritt in die sachliche Beratung gegen den Widerstand aller übrigen bürgerlichen Parteien zu erzwingen.

Der Entwurf des Zentrums will zwar die Grenze von 24 000 M., bei der jetzt 10 Prozent Steuer erhoben werden, auf 40 000 M. erhöhen. Dafür aber soll der Steuerfuß von 60 Prozent, der bisher bei einem Einkommen von 400 000 Mark erreicht wurde, erst bei einem Einkommen von 3 Millionen Mark eintreten. Gegen diese ungeheuerliche Schonung der Besitzenden erhoben Keil (So.) und die Genossen Soldmann und Herz heftigsten Einspruch. Die Besteuerung dieser Abkömmlinge sei eine unannehmerliche Herausforderung der Besitzlosen, deren pünktliche Steuerzahlung die Reichsfinanzen vor dem Zusammenbruch gerettet habe. Notwendig sei gegenwärtig nur eine steuerliche Schonung der Lohn- und Gehaltsempfänger. Ihre Befreiung durch die Einkommensteuer ist nicht nur proportional größer als die der Besitzenden, sondern auch wesentlich höher als in England, Frankreich und Amerika. Und das, obwohl der Reallohn in jenen Ländern wesentlich höher ist als in Deutschland. Können zu den teuren direkten Steuern auch noch die neuen Verbrauchssteuern hinzu, so würden die Besitzenden im allseitigen Falle nur genau so stark belastet werden wie die Besitzenden in den fremden Staaten, die Befreiungen aber auf jeden Fall wesentlich höher. Das darf unter keinen Umständen geschehen. Die sofortige Verabschiedung der Milderung der Lohnsteuer sei gemäß notwendig. Sie müsse bis zum 1. Januar in Kraft treten. Halten aber die bürgerlichen Parteien an ihrer Absicht der allseitigen, durch die Geldentwertung nicht berechtigten Milderungen der Besitzenden fest, so müßten sie auch dafür die Verantwortung gegenüber den Lohn- und Gehaltsempfängern tragen.

Von den bürgerlichen Parteien äußerte sich Helfferich (D. P.) einseitig manchen der Parteien. Aber auch der Abg. Herold (F. P.) erklärte, seine Fraktion halte an dem im Entwurf vorgeschlagenen Tarif fest. Ob diese Erklärung von der Zentrumskolonie gestützt wird, ist zum mindesten zweifelhaft. Sollte das aber der Fall sein, so würde das wiederum einen Sieg der linken und rechtssozialistischen Richtung des Zentrums über die Arbeiter im Zentrum bedeuten.

Die Beratung des Entwurfs soll in der Donnerstagsitzung des Steueransatzes erledigt werden, damit noch vor der Beratung des Reichstages die Vorlage vom Plenum verabschiedet werden kann.



## Kohlennot und Kohlenpreis

Tagung des Reichskohlenrats

Der Reichskohlenrat hielt gestern im Beisein von Regierungsvertretern im großen Saale des Reichswirtschaftsministeriums eine Vollversammlung ab. Der wichtigste Punkt der Tagesordnung betraf den Bericht über die Lage der Kohlenwirtschaft, den der Geschäftsführer des Reichskohlenrates, Bergbaupraktiker Hennholz, erstattete. Er stellte einleitend fest, daß die in der letzten Vollversammlung Ende Juni über die Entwicklung der deutschen Kohlenlage ausgesprochenen Befürchtungen infolge des Zusammenwirkens ungünstiger Umstände sogar noch überzogen seien. Dabei wies er in der Erzeugung unverkennbare Fortschritte gegenüber dem Vorjahre feststellen. Die deutsche Steinkohlenförderung, ohne diejenige des Saarbeckens, übertrifft während der ersten dreieriertel Jahre 1921 mit rund 100 1/2 Millionen Tonnen den gleichen Zeitraum des Jahres 1920 um 5 Millionen Tonnen, also rund 5,2 Prozent. Sie bleibt hinter dem entsprechenden Zeitraum des letzten Friedensjahres 1913, wenn auch hier das Saarbecken und Kohlsingen außer acht bleiben, immer noch um rund 22,7 Prozent zurück.

Erfreulicherweise sei die deutsche Braunkohlerzeugung gestiegen. Ihre Höhe wird im selben Zeitraum mit rund 91 Millionen Tonnen angegeben, sie übertrifft das Vorjahr um etwa 0,5 Millionen Tonnen, also rund 11,8 Prozent, und 1913 um rund 42,3 Prozent. Dieses Ergebnis ist erreicht worden trotz einer bemerkenswerten Verringerung der im Braunkohlenbergbau tätigen Arbeitskräfte. Die Braunkohlenförderung, die angesichts unserer Steinkohlenmangel immer mehr einspringen muß, zeigt eine noch wesentliche Verbesserung. Den rund 18 Millionen Tonnen Braunkohlen und Braunkohlens des Jahres 1920 reichte eine Leistung von rund 21 1/2 Millionen in 1921 gegenüber.

Rein rechnerisch sei also eine Verbesserung unserer Brennstofflage nachweisbar. Trotzdem besteht zurzeit

### eine ausgesprochene Kohlennot

in Deutschland. Sie beruhe in erster Linie darauf, daß der Ausfall der oberkesselförmigen Förderung während der Aufstandsmonate mit rund zwei Millionen Tonnen, die sonst dem deutschen Inland außerhalb der oberschlesischen Grenzen zugute gekommen wären, erst nachträglich sich so recht fühlbar mache.

Die Kohlenversorgungslage leidet aber den augenblicklichen drückenden Kohlmangel; der Hausbrand sei nach den Gesamtziffern seiner Vorkosten beträchtlich noch als einheimischen verlorget anzusehen. Er ist zur Entlastung des Steinkohlenbedarfes möglichst auf Braunkohle eingestellt worden. Allerdings bereiten auch hier namentlich für das Kleinergewerbe die Transportwierigkeiten besonders der letzten Wochen große Verlegenheiten. Bitterer Mangel herrsche an Schmiedekohlen.

Besonders lästig liegen die Versorgungsverhältnisse bei der Eisenbahn, die trotz aller Bemühungen ihre Vorräte nicht auf eine kontinuierliche des Betriebes genügende Höhe bringen kann. Bergbaupraktiker Hennholz verbreitete sich lobend ausführlich über die Wiedergutmachungskostenablieferungen und das Wiesbadener Abkommen. Er bezeichnet als letztes Mittel zur Erleichterung unserer Brennstofflage eine Beschränkung unserer Kohlenabgaben an das Ausland.

### Stinnes gegen das jetzige System.

Im Verlauf der Sitzung ergriff Hugo Stinnes das Wort zu folgenden Ausführungen: Die Leistungen der Eisenbahnen weisen keine Fortschritte, sondern Rückschritte auf, sowohl in technischer wie in betrieblicher Hinsicht. Der Kernpunkt des schlechten Standes unserer Kohlenversorgung liegt in der Politik des Reichswirtschaftsministeriums, in dem veralteten System der Preisfestsetzungen und der Beschränkung. Deutschland sei umgeben von kohlenproduzierenden Ländern mit höherer Voluta und freier Wirtschaft. Die ganze deutsche Wirtschaft mit billiger Inlandkohle zu versorgen, sei unüberwindlich. Ferner forderte er das Ausland geradezu auf, sich der billigen Reparationskohle zu bemächtigen.

### Der Standpunkt der Arbeitervertreter.

Der Gewerkschaftsvertreter Nusmann (Bergarbeiterverband) wandte sich gegen jede Mehrarbeit und besonders gegen das Befahren von Ueberhöhen, sowie gegen das feinerzeit geübte Verfahren der späteren Bezahlung der schon geleisteten Ueberhöhen.

Der Verbandsvorsitzende Sirbig (Glaserbeiter) wandte sich gegen die Einrichtung der Kohlensteuer, die besonders die Industriezweige mit großem Kohlenverbrauch erheblich belastet. Am schwierigsten seien wohl jetzt die Werke der Glasindustrie daran.

Der Vertreter der Gasanstaltsarbeiter wies auf die Gefahr hin, daß fast alle Gaswerke infolge der fortwährenden Belieferung mit minderwertiger Kohle ihrem Stillstand entgegensehen, da die Generatoren vollkommen verrostet seien.

Nachdem noch ein weiterer Redner darauf hinwies, daß einen großen Teil Schuld an der noch ungenügenden Kohlenförderung vor allem auch das schlechte Material und Werkzeug, mit dem die Bergarbeiter arbeiten müßten, trage, leitete der Geschäftsführer Bergbaupraktiker Hennholz mit Zustimmung der Versammlung die von Herrn Stinnes vorgeschlagene Studienkommission ein, die aus Stinnes, Hue und noch 9 anderen Vertretern verschiedener Kreise besteht.

Der stellvertretende Schriftführer des Reichskohlenrates, Generaldirektor Dr. Silberberg, wandte sich dann gegen die geplante Erhöhung der Kohlensteuer von 30 auf 40 Prozent und warnte davor, das System der Kohlensteuer zu überspannen. Im Anschluß daran nahm dann die Vollversammlung eine Entschließung an, in der gefordert wird, die Kohlensteuer von 30 Prozent nicht zu überschreiten und bei künftigen Beratungen über die Kohlensteuer den Reichskohlenrat hinzuweisen.

Nachdem noch Geheimrat Sattig vom Preussischen Handelsministerium als Berichterstatter des sozialpolitischen Sachverständigenausschusses für Kohlenbergbau über die Aufbesserung der Bezüge der Knappschaftsentner und ihrer Angehörigen referiert hatte, wurde nach Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten die Sitzung geschlossen.

Wenn Herr Stinnes die Beseitigung des bisherigen Systems in der Kohlenversorgung fordert, so weiß man, daß das zu dem Zwecke geschieht, um die Verfügung über die Bodenschätze gänzlich wieder in die Hand des Privatkapitals zu bringen. Demgegenüber muß festgehalten werden, daß die weitere Entwicklung zur vollständigen Sozialisierung führen muß. Erst wenn die Produktion und der Absatz von Kohlen nach den Interessen der Allgemeinheit und nicht nach den Interessen einer Handvoll Grubenmagnaten und Schwerindustriellen geregelt wird, kann man erwarten, daß die Schäden, von denen in den Verhandlungen des Kohlenrates gesprochen wurde, beseitigt werden.

# Die Kappverschwörer in der Klemme

## Bernichtende Zeugenaussagen

Leipzig, 14. Dezember.

Heute sind 16 Zeugen geladen, darunter die Minister Deser, Südekum und Dominicus, die Staatssekretäre Müller und Schröder sowie General v. Odershausen.

Minister a. D. Dominicus, der im März vorigen Jahres Oberbürgermeister von Schöneberg war, gibt an, daß unter der Beobachtung von Schöneberg eine gedrückte Stimmung herrschte. Von freudiger Begeisterung sei absolut keine Rede gewesen. Der Ausdruck eines Generalstreiks der Eisenbahner wäre sehr verständlich gewesen, deshalb sei er am Sonntag mit Deser und Südekum zu Lüttich gefahren und habe ihn auf die Folgen eines Streiks aufmerksam gemacht. Lüttich schob die Verantwortung auf Kapp, zu dem sich die drei Herren nunmehr begaben. Sie forderten Kapp zum Rücktritt auf, dieser war auch zunächst nicht abgeneigt. Am Nachmittag fand er jedoch einen Mitarbeiter zu den Eisenbahnerverbänden und forderte die Gewerkschaftsliste. Das war eine indirekte Ablehnung der Forderung.

Staatsminister a. D. Südekum teilt mit, daß es ihm klar gewesen sei, daß gegen die militärische Meuterei sofort ein Widerstand organisiert werden müsse. Ein Rufus, den die verhafteten preussischen Minister verfaßt hatten, konnte nicht veröffentlicht werden, da die Zeitungen durch Kapp verboten worden waren. Ich wollte mich hauptsächlich der Sicherheitspolizei versichern, deshalb wandte ich mich an den Herrn Oberbürgermeister von Döge und hielt ihm die Folgen eines solchen Verhaltens vor. Nord und Tschickel würden die Folgen des Vorgehens Kapp sein, sagte ich ihm. Schon 2 Tage später ist sein Bruder von rüden den Horden erschlagen worden. Herr Döge ist im Irrium, wenn er geglaubt hat, daß ich einen Modus vivendi mit der Kapp-Regierung herbeiführen wollte. Ich wollte nur die Sicherheitspolizei auf unsere Seite bringen und das gelang mir auch. Am Sonntag ging ich mit Minister Deser und dem damaligen Abg. Dominicus zu Lüttich und machte ihn auf die Folgen des Streiks der Eisenbahner aufmerksam. Lüttich glaubte, den Widerstand der Eisenbahner brechen zu können, wenn er einen Teil ihrer Führer an die Wand stellte.

Wir fuhren dann in die Reichskanzlei, im anderen Auto fuhren Lüttich und General Ludendorff. Vor: General Ludendorff? Zeuge: Jawohl, General Ludendorff. In der Reichskanzlei trafen wir den General v. Wisberg und Herrn v. Falkenhausen. Bei der Unterredung mit Kapp gingen wir bis an die Grenze dessen, was man ohne Handgreiflichkeiten ertragen kann. Kapp hatte die Stirn, uns zu bieten, in die Regierung einzutreten, was wir natürlich ablehnten. Lüttich hatte dagegen erhebliche mehr Einsicht und er legte zum Schluß der Unterredung: Wenn ich sehe, daß mein Unternehmen scheitert, ziehe ich die Konsequenzen daraus, die ein preussischer Offizier in solchen Fällen zu ziehen pflegt. Ich erklärte, daß ich mich erschüttert von Lüttich trennte, denn ich glaubte, seine letzten Worte zu verstehen zu müssen, daß er als Offizier auch wirklich die in Offizierskreisen üblichen Konsequenzen ziehen würde; doch habe ich mich getäuscht. (Wieso? Lüttich ist doch ausgerissen!) Nachdem Ludendorff und der „Oberste Kriegsherr“ im November 1918 aus geflohen waren, hat Lüttich als preussischer Offizier durchaus konsequent gehandelt, daß er sich keine Kugel in den Kopf schoß. (D. Red.)

Es ist nicht richtig, wenn hier gesagt wird, das Kapp-Unternehmen sei ohne Blutvergießen vor sich gegangen. In Berlin sind viele Menschen getötet worden und später in Weisbaden usw. noch viel mehr. Wir waren dauernd bemüht, die Kapstruppen aus Berlin herauszubringen, ohne daß es zu einem Blutvergießen kam. Bei den Verhandlungen mit Kapp und Genossen wurde begreiflicherweise von Amnestie gesprochen. Schiffer gab den Kappleuten aber kein Amnestieverprechen, sondern er hat nur versprochen,

er werde für eine Amnestievorlage im Reichstage eintreten.

Den Kappleuten ist von unserer Seite nicht verheimlicht worden, daß ihr Verhalten als illegal und strafbar anzusehen sei.

Präsident: Sie haben früher über Kapp und seine Anhänger gesprochen. Zeuge: Ich meine damit Leute wie Jagow, denen ich keine besondere Bedeutung beimesse. Bei der Besprechung mit den Kappleuten wies ich darauf hin, daß Kapp keine Minister ernennen könne, sondern daß das Sache des Reichspräsidenten sei. Kapp entgegnete: „Darauf kann ich keine Rücksicht nehmen. Ich habe die Parlamente aufgelöst und die Regierung verjagt, dann lege ich hiermit auch den Reichspräsidenten ab.“

Oberstaatsanwalt: Warum hielten Sie die Einnahme des Ministeriums des Innern für bedeutungslos? Zeuge: Als Führer mußte ich Jagow allerdings ansehen, da er ein Ministerium übernommen hätte. Rechtsanwält Grünsbach: Hat Jagow sich in Ihrer Gegenwart an Verhandlungen beteiligt? Zeuge: Nein. Den Eindruck, daß die Macht auf der Gegenseite wäre, hatte ich nie. Es handelte sich

immer um Rückzug und Amnestie.

Rechtsanwält Grünsbach: Es handelte sich doch um Verhandlungen zweier gleichberechtigter Parteien, sondern darum, es der geschwähnten Regierung möglich zu machen, die Urpatoren aus Berlin hinauszubringen.

Rechtsanwält Grünsbach stellt den Antrag, Geheimrat Döge nochmals zu laden und dem Zeugen Südekum gegenüberzustellen, um gewisse Widersprüche aufzuklären.

Eisenbahnminister a. D. Deser: Ueber die Vorgänge in der Nacht waren wir preussischen Minister nicht benachrichtigt worden. Mein Ministerium wurde besetzt, und ein Offizier sagte, die Arbeit hore hiermit auf. Das sagte er im Auftrage des Herrn v. Lüttich. Jagow kam um 12 Uhr zu mir und stellte sich als Minister des Innern vor. Er konnte im Auftrage Kapps und fragte mich, ob ich bereit sei, in das Ministerium einzutreten. Wir waren im Zweifel, was zu tun sei. Um aber zu erfahren, wie die Sache stehe, gingen einige Herren, darunter auch ich, in die Reichskanzlei. Wir fanden ein wirres Durcheinander.

Die Reichskanzlei machte den Eindruck einer Schieber- und Händlerbörse.

In meinem Ministerium erschienen später die Vertreter der Gewerkschaften, die von der Absicht eines Generalstreiks zur Beseitigung der unzureichenden Regierung sprachen. Die Versorgung Berlins mit Lebensmitteln und Kohlen war stark gefährdet, was ich den Vertretern der Gewerkschaften auseinandersetzte. Später kamen die Herren wieder und verlangten von mir, daß ich Kapp von ihren Plänen Mitteilung mache. Mit Dominicus fuhr ich

zu Lüttich, der uns sagte, er könne in der Sache nichts tun. Er habe Kapp eingesehen und könne ihn nicht wieder abgeben. Kapp hat später Herrn Südekum, in sein Kabinett einzutreten, was dieser jedoch entschieden ablehnte.

Angeklagter v. Jagow: Ich hatte Ihnen gesagt, daß der Generalstreik bevorstehe und Sie im Auftrage Kapps gebeten, das gegenzuwirken und in diesem Falle Ihnen die Freiheit vorzubieten. Zeuge: Sie haben mich gebeten, in das Ministerium einzutreten, und Kapp hat mir das am Sonntag bestätigt. Zeuge Dominicus: Ich erinnere mich jetzt, damals auch gehört zu haben, daß Kapp gesagt hat,

er lege jetzt auch den Reichspräsidenten ab.

Rechtsanwält Grünsbach begründet nunmehr seinen Antrag, Herrn Döge nochmals als Zeugen zu laden und Herrn Südekum gegenüberzustellen. Zeuge Südekum bleibt dabei, daß er an die Uebernahme eines Amtes unter Kapp in keiner Weise gedacht habe, zumal keine Beamten der Regierung freibleiben würden. Der Zeuge Südekum bemerkt noch, er würde sich keinesfalls mit Kapps Unternehmen verlohnt haben, auch wenn Hindenburg als Reichspräsident in Frage gekommen wäre.

Nach kurzen unerheblichen Darlegungen des Staatssekretär Dr. Gleich vom Reichswirtschaftsministerium gibt Ministerialrat Dr. Badt Auskunft über die Besetzung des Preussischen Ministeriums des Innern.

Früherer preussischer Kriegsminister Generalleutnant Reinhardt Lüttich stemmte sich gegen die Auflösung der Marinesbrigade. Ich war damals Chef der Heeresleitung, machte Lüttich Vorhaltungen und verweigerte ihm auf den ihm auf die Verlassung geleisteten Eid. Lüttich wurde schließlich beurlaubt und Open mit seiner Vertretung beauftragt. Diese rüchrichtigste Behandlung war einem verdienten General gegenüber üblich. Ein Irrtum ist es aber, zu glauben, daß der Beurlaubte jeden Augenblick zurückkehren und den Befehl wieder übernehmen konnte. Deshalb war

Lüttich nicht befugt, den Befehl zum Einmarsch zu geben.

In der Nacht zum 13. März wurde ich telefonisch zu Kocke gerufen, wo Odershausen und Open anwesend waren. Das Ultimatum Ehrhardts wurde besprochen, und es handelte sich um die Frage, ob gekämpft werden solle oder nicht. Die Brigade Open und Hüllen waren nach Meinung des Zeugen durchaus kampffähig und gut. Die Brigade Ehrhardt war nicht besser, aber wohl etwas härter. Der Angreifer hat immer bessere Aussichten, und in einem Punkte war die Stellung der Verteidigung schwächer; denn die Angreifer hatten in Ehrhardt einen willensstarken Führer. Der Zeuge war dafür, daß gekämpft werde, damit der Staat seine, was Recht ist. Er drang aber damit nicht durch. Der Zeuge erzählt dann, wie er die Brigade aus Berlin hinausgebracht hat. Da Hüllen und Lüttich gehen wollte, eilte der Zeuge nach Berlin zurück. Er besprach mit den Generalen die Lage und fand, daß sie alle auf der Regierungsseite standen. Kurz darauf kam ein junger Offizier von der Brigade Ehrhardt und verhaftete den Zeugen Reinhardt.

Zeuge Generalleutnant a. D. v. Odershausen war Chef des Generalstabs bei Lüttich. Lüttich war sich klar über die Ziele seiner Pläne, aber nicht über die Wege. Mit Kapp stand Lüttich in Verbindung, doch stimmte er mit ihm nicht in allen Dingen überein. Lüttich wollte nicht, daß die Kriegsverbrecher ausgeliefert würden. Er suchte auch

die von der Entente geforderte Auflösung von Truppenverbänden

zu hintertreiben. Im Laufe des Februar machte der Zeuge Herrn v. Lüttich darauf aufmerksam, daß ein Vorkaufsrecht nicht mehr zu bekommen sei. Zeuge war sehr überrascht, daß Lüttich nicht nur militärische, sondern auch politische Forderungen an dem Reichspräsidenten gegenüber geltend machen wollte. Lüttich wurde dann seiner Stellung entzogen und beschloß, loszukommen. Nach einer Besprechung mit General v. Seedt wurde ein Haftbefehl gegen Kapp, Bauer und Pabst erteilt, aber nicht zur Ausführung gebracht. Der Zeuge und General v. Döge führen zu Ehrhardt nach Döberitz. Dieser erklärte,

er könne nicht mehr zurück, auch andere Truppen würden sich ihm anschließen.

Der Zeuge verlor auf die schlimmen Folgen eines Kampfes zwischen Reichswehrtruppen. Ehrhardt war dann bereit, nur bis Charlottenburg zu marschieren und schrieb seine Forderungen auf. Schließlich erklärte Ehrhardt aber, er müsse bis zur Steinstadt vordringen. Am 13. März hat der Zeuge in der Reichskanzlei dem Obersten Bauer seine Geschichte übergeben, nachdem ihm vorher mit Verhaftung droht worden war.

Hauptmann Karikmann hat die sogenannte Kabinettsitzung am 14. März mit angeführt. Den Herren Traub, Schiele und Wangenheim suchte der Zeuge klarzulegen, daß das Kapp-Unternehmen nach Lage der Sache

sehr nachteilig für Deutschland

sein werde. Die drei Herren glaubten aber mehr auf Bauer und Pabst vertrauen zu dürfen.

Darauf werden mehrere Briefe eines nichterschlungenen Zeugen namens Herrmann an Schmitzer vorgelesen, die von politischen Wünschen handeln und in denen auch von Kapp, Schiele und Traub die Rede ist. Aus einem weiterverlesenen Briefe geht hervor, daß Schiele an einem neuen Wahlrecht nach dem Ruralsystem gearbeitet hat.

Rechtsanwält Neumann macht sodann Mitteilungen über die Verfolgung der Angeklagten. v. Jagow hatte sich der Verhaftung entzogen. v. Wangenheim hatte sich zu seiner Tochter nach dem an Polen abgetretenen Teile Weipreussens geflüchtet. Er wurde aber später von den Polen über die Grenze abgeholt und hat kurze Zeit in Unterhohensdorf in Leipzig seinen Schließelich wurde er gegen Stellung einer Kaution entlassen. Dr. Schiele wurde im Oktober dieses Jahres verhaftet, aber gleichfalls gegen eine Kaution entlassen.

Der Angeklagte v. Wangenheim bestreitet, geflüchtet zu sein. Angeklagter Dr. Schiele erklärt, er habe sich nach vier bis fünf Wochen nach dem Ausbruch in Deutschland aufgehalten, sich aber dann entschlossen, sich ins Ausland zu geben.

Der Präsident verweist die Angeklagten darauf, daß statt Teilnahme eventuell Beihilfe an einem hochverräterischen Unternehmen in Frage kommen kann, unter Umständen auch Amtsannehmung entweder selbstständig oder in rechtlicher Verbindung mit Hochverrat.

Die Beweisaufnahme ist damit geschlossen. Der morgige Tag bleibt sitzungsfrei. Am Freitag vormittag 9 1/2 Uhr beginnen die Verhandlungen.



# MEINE GUTE ALTE

lasse ich mir nicht nehmen.

Massaly-Caid-Zigarette 60.8

KON LINON







Um die städtische Baupolizei

Von Stadtrat Felix Finke, Cöpenick.

Bei der Neuorganisation Groß-Berlins gibt es allerlei einander widerstrebende Umstände und Personen, die den Aufbau hindern. Das zeigt sich auch bei der städtischen Baupolizei. Für Berlin ist diese überaus wichtige Behörde bereits seit einer Reihe von Jahren vor dem Antritte dem Oberbürgermeister unterstellt. Im neuen Groß-Berlin wurde die Sache bisher nur so gehandhabt, daß der Oberbürgermeister seine Befugnisse für die Bezirke 1 bis 6, das alte Berlin, auf den Leiter der alten Berliner Baupolizei, den Oberregierungsrat Feilgen, für die anderen Bezirke jedoch auf die jeweiligen Bezirksbürgermeister übertrug, die sie gewöhnlich an den Dezernenten für die Bezirksbauamtsangelegenheiten oder einen Juristen weitergaben. Diese Herren unterzeichnen „Im Auftrage des Oberbürgermeisters“.

Den alten staatlichen Bauämtern der Baupolizei ist das ein Dorn im Auge, und der beim Übertrag der staatlichen Berliner Baupolizei in Berliner Kommunaldienste übergetretene Herr Feilgen möchte die ganze Baupolizei aller 20 Bezirke unter seine Oberhoheit bringen. Von da zur alten staatlichen Baupolizei ist der nächste Schritt.

Unter den Baudezernenten der Bezirke, namentlich den fachtechnischen, zeigt sich die starke Neigung, die Baupolizei als städtische Beibehaltung und in ihre Hände zu bringen. Dieses Bestreben ist auch richtig, denn es ist unmöglich, daß die baupolizeilichen Angelegenheiten der Außenbezirke von einer zentralen Stelle in Berlin aus behandelt werden. Daß das sehr unzweckmäßig ist, hat sich schon zur Genüge dadurch erwiesen, daß die Baupolizei in manchen Außenbezirken geradezu unwirksam geworden ist. Der Stadt kann und ist schon daraus ganz außerordentlicher Schaden erwachsen. Die Verhältnisse in Bohnsdorf oder Schmiedow oder Müggelheim sind eben ganz anders als in Berlin-Mitte, in Schöneberg oder den übrigen Bezirken. Wer die Dinge nicht aus eigener Anschauung kennen lernt, kann sich von ihnen schlechterdings kein richtiges Bild machen. Drängen muß die Baupolizei ganz anders gehandhabt werden als im Stadtkern, wo es z. B. keine Wohnlauben gibt. Die zentrale Bearbeitung der baupolizeilichen Angelegenheiten würde die alten unhaltbaren Zustände wieder bringen, wie sie ehemals bestanden. Gerade der Baupolizeidezernent muß im engsten Zusammenhang mit seinem Bezirk stehen, sonst kann er auf die Bedürfnisse der Gegend und die gemeindlichen Notwendigkeiten nicht die gebührende Rücksicht nehmen, sonst wirkt er wie ein Fremder, der nicht in den Dingen, sondern außerhalb steht, er wirkt als der wirtschaftsferne Beamte, der nach dem Buchstaben des Gesetzes sinnlos schaltet und waltet.

Günstigerweise ist der Kommissar zur rechten Zeit auf diesen Umstand aufmerksam gemacht worden. Ein von den sonstigen städtischen Verwaltungsteilen unabhängiger Apparat der städtischen Baupolizei würde der Stadt neue große Lasten auferlegen, denn jeder Bezirk würde einem Bauamt unterstellt werden müssen, der sich natürlich zur Hebung seiner eignen Position einen möglichst großen Etat technischer und anderer Beamten zulegen würde. Dieses ganze System würde bei der bekannten Freundschaft gewisser höherer Beamtenkreise für Neu-Berlin auf dieses und seine Verwaltung losgelassen, und es gäbe die schändlichen Kibitzungen und Konflikte, die zum Schaden des Stadtsäckels ausgefochten würden.

Diesen Bestrebungen des Herrn Feilgen wirken auch die Fachdezernenten des Magistrats entgegen, die wohl sehen, wie ihnen hier ein wesentliches Wirkungsfeld aus der Hand genommen werden soll, das für die Notwendigkeiten der Gemeinde von der größten Bedeutung ist. Sie werden von den schon erwähnten Bauamtsleitern unterstützt, die in den Bezirken ihre Erfahrungen gesammelt haben. Sie haben eine gemeinsame Eingabe an die Bezirksbürgermeister gerichtet, in der sie ihre Gründe darlegen und zugleich verlangen, daß die Dezernate der Baupolizei technisch vorgebildeten Herren und nicht Juristen übertragen werden. Diesen Gesichtspunkten scheinen die meisten Bezirksämter beizutreten. Man erkennt also an, daß die technische Polizei eine vorwiegend technische Angelegenheit ist und daß das juristische Moment dagegen in den Hintergrund tritt. Dar-

über hinaus aber sollte niemand vergessen, welche überaus wichtige Rolle der Baupolizei gerade in dem wirtschaftlich und sozial so wirkungsvollen Zusammenhang mit der eigentlichen Gemeindeverwaltung für die Vertretung der öffentlichen Interessen zufällt.

Massenkündigungen der Junglehrer

Von der Freien Lehrgewerkschaft wird uns geschrieben: Zum 1. Januar 1922 sind in Groß-Berlin die Jahrgänge 1920/1921 der Junglehrer und die Jahrgänge 1919, 1920, 1921 der Junglehrerinnen gekündigt worden. Die Schulbehörde der Stadt Berlin begründete diese Maßnahme mit verwaltungstechnischen Notwendigkeiten, u. a. mit Einstellung von Lehrkräften älterer Jahrgänge, die augenblicklich in anderen Betrieben arbeiten.

Die Freie Lehrgewerkschaft Deutschlands, Ortsgruppe Groß-Berlin, hielt kürzlich eine Protestversammlung gegen die Massenkündigung der Junglehrer in der Aula des Dortheimstädtischen Realgymnasiums ab. In der gut besuchten Versammlung wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die von der F. L. G. D., Ortsgruppe Groß-Berlin, einkaufene öffentliche Versammlung der Junglehrer fordert von der Schulverwaltung die sofortige Zurücknahme der Kündigungen. Sie erklärt weiter, alle angeführten Gründe, mit denen man diese unbillige Maßnahme rechtfertigen will, nicht anerkennen zu können. Da derartige angebliche „Notmaßnahmen“ sich kaum auf allen Gebieten der städtischen Verwaltung werden durchführen lassen, darf auch die Junglehrerschaft Berlins nicht der Existenzvernichtung preisgegeben werden.“

Es wurde dann aus der Versammlung heraus eine Kommission gebildet, die im Sinne der Resolution wirken soll.

Beschlüsse der Lehrerkammer. Zu den 400 Kündigungen der Lehrer und Lehrerinnen aus den Jahrgängen 1919 bis 1921 nahm die Berliner Lehrerkammer in ihrer letzten Tagung eine Reihe von Anträgen an, die den Bescheid und der Stadtverordnetenversammlung übermittelte worden sind. Darin wird u. a. die Aufhebung der Kündigung der Vertreter und Vertreterinnen der Jahrgänge 1919 bis 1921 gefordert. Die nicht im Schuldienst beschäftigten Lehrer und Lehrerinnen aus den Jahrgängen 1914 bis 1919 sollen sofort eingestellt werden. Weiter ersucht die Lehrerkammer den Magistrat, zu veranlassen, daß die Bezirksämter an Stelle der einstigen eine mindestens sechswöchentliche Kündigung für die Hilfskräfte einführen und bei der Staatsbehörde dafür eintreten, daß die Kosten der Vertretung von der Landeshauptkasse übernommen werden. Die Lehrerkammer beschloß ferner, die Deputation für Schulwesen zu ersuchen, diejenigen Lehrstellen nicht als erledigt anzusehen, deren Inhaber schon vor längerer Zeit aus dem Schuldienst geschieden, die aber inzwischen ordnungsmäßig durch Vertreter verwaltet wurden. Sie erwartet, daß solche Lehrstellen nicht eingezogen werden.

Auszeichnung städtischer Direktorenposten. Der Magistrat hat mehrere neue Stellen öffentlich ausgeschrieben, darunter die eines Markthallendirektors an Stelle des verstorbenen Direktors Spieler, dann die eines Direktors der dritten Berufsschule (Nahgewerbe), eines Sanitäts- und Direktors der Sparkasse, eines Anstaltsrevisors und von zwei Abteilungsdirektoren für die städtische Girozentrale.

Veranstaltungen der Jugendpflege-Woche in Neukölln. Am Donnerstag vormittag 9 Uhr findet in der „Neuen Welt“ der Vortrag des Professors Eichenhagen über Jugendpflege und Sport statt. — Nachmittags 3/4 Uhr Festvorstellung im „Deutschen Opernhaus“ in Charlottenburg, Biomarktstraße. Zur Aufführung gelangt die Oper „Martha“ von Blöndel. — Am Freitag, den 16., vormittags 9 Uhr, in der „Neuen Welt“, Vortrag des Stadtrats Karl Schneider über das Thema „Aus der Praxis eines Jugendamts“. — Nachmittags 3 Uhr Militär-Maximilienaufführung in der Aula Kaiser-Friedrich-Realgymnasiums, Kaiser-Friedrich-Straße 8.

Vorträge für Schöffen und Geschworene. Genosse Dr. Kopp wird in der Arbeiter-Bildungsschule, Breite Straße 8-9, drei Vorträge über kriminalistische Themen abhalten, und zwar jeweils pünktlich um 7 Uhr abends am Freitag, den 16., 22. und 30. Dezember. Die Abende sind in erster Linie für diejenigen Parteigenossen bestimmt, die als Schöffen oder Geschworene tätig sein sollen, können aber auch von anderen Genossen und Genossinnen, die sich für den Gegenstand interessieren, besucht werden.

Moderne Sklavenhalter

Unerträgliche Zustände vor den Toren Berlins

Vor einiger Zeit veröffentlichten wir die Erfahrungen einer Anzahl Berliner Erwerbsloser, die dem Rufe „Geh auf Land“ gefolgt waren. Diese vielfach für übertrieben gehaltene Darstellung wurde nachträglich noch bestätigt und ergänzt durch eine von der Erwerbslosenfürsorge des Bezirksamtes 17 (Lichtenberg) an den Arbeitsstellen erfolgten Nachuntersuchung. Diese ergab, wie seinerzeit mitgeteilt wurde, daß nicht nur im allgemeinen eine un menschliche Arbeitsleistung mit einer ebensolchen Behandlung belohnt wird, sondern daß selbst Auspeitschungen nicht selten sind. Die bei der Untersuchung vorgefundenen „Wohnräume“, die selbst für Unterbringung von Vieh vielfach ungeeignet sind, und die dadurch hervorgerufenen schweren gesundheitlichen Schädigungen der Arbeitnehmer, veranlaßten das Bezirksamt zu dem Befehl, Arbeitskräfte nach diesen Stellen nicht mehr zu vermitteln.

Man hätte annehmen sollen, daß diese von behördlicher Seite gemachten Feststellungen Veranlassung gegeben hätten, der modernen Sklavenhalterei ganz energisch zu Leibe zu gehen. Aber kein Staatsanwalt rührt sich, kein Landrat weiß etwas von diesen Dingen. Diese sind wohl auch mit anderen Dingen viel zu stark beschäftigt. Ihre engen persönlichen Beziehungen zu den Agrariern ermöglichen ihnen nur solche Einblicke in die Verhältnisse dieser Kreise, daß sie im schlimmsten Falle diese um das, was sie kennenlernen, beneiden. Ihr Empfang findet im Herrenhaus statt. Essen und Trinken gibt es auf das Beste. Für Zeltvertrieb sorgen die Jagden, Gesellschaften, Ausflüge zu Pferd und Wagen sowie gelegentliche „Spritz Touren“ in die nächstgelegene Stadt. Wer soll dann wohl annehmen, daß sich hinter den Kulissen dieses „Herrenlebens“ eine Welt des furchtbaren Elends verborgen wird.

Wie das Leben der Landarbeiter aussieht, das in keiner Weise gegen früher Verbesserungen erfahren hat, wird uns in der Zukunft einer Mutter geschildert, deren Sohn — ein junger Bursche — eine Stellung bei dem Besitzer Pantow, Domäne Edwardsdorf im Kreise Friedeberg, angenommen hat. Obwohl der Junge erst seit Anfang Oktober dort ist, befindet er sich in einem körperlich so stark verfallenen Zustande, daß die Mutter sich gezwungen sieht, die Rückkehr ihres Jungen sofort zu fordern.

Infolge der auf der Domäne herrschenden Zustände ist der Junge mit Eiterbeulen bedeckt, selbst an Krätze und anderen Hautkrankheiten. Mit ihm teilen das gleiche Los noch andere zehn Burschen. Daß diese alle versuchen, diese Verhältnisse so schnell wie möglich zu verlassen, kann man begreifen. Aber diese Sklavenhalterei hat durch Bestellung von 4 Wärtern Vorzüge getroffen, daß niemand, der einmal in ihre Klauen gekommen ist, diesen so schnell wieder entrinnt. Diese Wächter, zwei Söhne des Besitzers und zwei Cleven, verfahren mit ihren Opfern, falls es einem gelingt, davonzukommen, in geradezu barbarischer Weise. Dem Flüchtling setzen sie zu Pferde nach und wenn sie ihn einholen, treiben sie ihn mit Knüppeln vor sich her. Durch Verhinderung von Schreiben und Absenden von Briefen glauben sie dagegen gesichert zu sein, daß von den Verhältnissen die Angehörigen Kenntnis erhalten. Hoffentlich gelingt es aber doch einmal durch die bei der Staatsanwaltschaft jetzt gestellten Strafanträge, diese Menschenhinder zur Verantwortung zu ziehen. Eine Veränderung der Zustände wird aber trotzdem so bald nicht eintreten, da das Landproletariat eine so starke Organisation noch nicht hat, wie diese nötig ist, um erfolgreich eine grundlegende Verbesserung seiner Lage herbeizuführen. Von den Behörden haben wir leider am allergeringsten ein Eingreifen zu erwarten. Die Industriebevölkerung muß der Landarbeiterhilfe in ihrem härteren Kampfe gegen ihre Ausbeuter beistehen und jede Hilfe angebotenen lassen.

Der kälteste Tag in diesem Jahre war der gestrige Mittwoch. Wie das Wetterbureau mitteilt, betrug die Durchschnittstemperatur 12,8 Grad Celsius, in Steglitz sollen es sogar — 16 Grad Celsius gewesen sein. Gleiche Temperatur wird aus Frankfurt a. d. Oder und aus Landsberg a. d. Warthe gemeldet. An der Ostsee in Danzig zeigt das Thermometer 15 Grad Celsius, aus verschiedenen Orten Pommerns werden übereinstimmend Temperaturen gemeldet, die sich um 15 Grad Celsius herum bewegen.

350 000 Mark erbschwindelt. Ein süddeutscher Grundbesitzer hatte als seinen Privatsekretär einen 23 Jahre alten Kaufmann Wilhelm Babel aus der Drenkstraße 6 zu Berlin als Privatsekretär angestellt, der sein volles Vertrauen genoss und in

Der einzige Weg

Roman von Paul Redoux

Übersetzt von Rudolf Kitzler. Copyright 1921 by Siedler & Co. G. m. b. H., Berlin.

(2. Fortsetzung)

Betrübt über all den Lärm, den er entfesselt hatte, schloß er:

„Natürlich geht das alles nicht ohne eine völlige Umwälzung ab. Auch ich denke bisweilen mit Wehmut an meine schöne Sorglosigkeit von ehemals...“

„Es ist unglaublich,“ seufzte Blouquet.

„Er ist unverwundbar,“ stöhnte Frau Réal.

„Ich fürchte mich vor ihm,“ wimmerte Coigny.

Alle drei glaubten, Réal bemitleiden zu dürfen. Er bemerkte es und ahnte einen Bruch. Jemand etwas würde in Stücke gehen, was ihn noch an seine Vergangenheit band. Er gehörte nun nicht mehr in jene Welt von Gestern, in der seine Frau, Coigny und so viele andere sich verspätet hatten.

Das allgemeine Schweigen wurde durch ein glöckchenes Schlagen einer englischen Stuhuhhr unterbrochen. Frau Réal spielte die Erbschrodene.

„Ach, mein lieber Herr Coigny, wir haben Sie zu lange aufgehalten! Verzeihen Sie nur...“

Sie verabschiedeten sich, wobei Coigny im Vorzimmer den Mantel ritterlich um die gern gebotenen fetten Schultern der Frau Réal legte.

Zu Hause schrieb Réal nach einem Brief in seinem Arbeitszimmer, dann ging er gewohnheitsmäßig zu seiner Frau, ihr gute Nacht zu sagen.

Sie würdigte ihn keiner Antwort.

Sie schmolzt,“ dachte er.

Aber gutmütig, wie er war, rang er sich ein Lächeln ab:

„Gott, es ist eben nicht so einfach, in der eigenen Familie den Apostel zu spielen!“

22

Berlin 17

Yvonne trat in Réals Arbeitszimmer. Er war am Abend vorher aus Bussens zurückgekehrt. Nun begannen sie wieder ihre gemeinsame Arbeit.

Bei ihrem Anblick rief er aus:

„Boh Biß, sind Sie heute schön!“

„Durch Ihre Güte, verehrter Meister. Sie waren so lange fort, daß ich mir inzwischen ein neues Kleid machen lassen konnte.“

Sie hatte die feierliche Anrede „verehrter Meister“ mit freundschaftlich scherzhafter Unterwürfigkeit ausgesprochen. Sie waren beide froh, wieder beisammen zu sein.

Sie sah in dem sehr einfachen hellen Kleide, in dem jede Linie ihres Körpers sich deutlich und doch leuchtend abzeichnete, wirklich verführerisch aus.

„Ich freue mich, Sie wieder zu sehen, Kindchen,“ meinte Réal. „Wie sonderbar! In der Regel sind die Menschen einander nach längerer Abwesenheit etwas entfremdet... Mir scheint, im Gegenteil...“

Er unterbrach sich, um ihr nicht mit gewöhnlichen Schmeicheleien lästig zu fallen.

Sie erwiderte:

„Acht Tage sind keine so lange Abwesenheit! Hoffentlich haben Sie sich ein wenig erholt?“

„Na ja, es geht.“

Er zögerte, sie in seine einsame Grübele einzurufen. Sie war ja gewiß mit ihm nicht einverstanden. Und das würde die störrische Eintracht fördern, in der sie jetzt miteinander lebten.

Sie begannen zu arbeiten. Réal hatte sich die Post nicht nachschicken lassen, und so fanden sie viel Arbeit vor.

Gegen Mittag, als Yvonne gerade aus der Maschine ins reine schrieb, was sie stenographisch ausgenommen hatte, meldete das Hausmädchen:

„Herr Bernhard Pelletier wünscht seine Aufwartung zu machen.“

Bei diesem Namen hob Yvonne lebhaft den Kopf.

„Pelletier?“ wiederholte Réal. „Ein langweiliger Bursche. Ich habe zu arbeiten. Was mag er denn vor mir wollen?“

Yvonne konnte nicht länger schweigen:

„Verzeihen Sie. Habe ich richtig verstanden? Handelt es sich um Herrn Bernhard Pelletier?“

Sie betonte den Namen. Réal fragte erstaunt:

„Kennen Sie ihn denn?“

„Ja,“ erwiderte sie etwas verlegen. „Ober genauer gesprochen...“

Sie schwieg und blühte nach dem Mädchen.

„Führen Sie den Herrn ins Wohnzimmer,“ entschied Réal. Als sie allein waren, fragte er:

„Was ist denn das für eine geheimnisvolle Sache?“

Sie war ärgerlich, sich nicht beherrscht zu haben, und wollte nicht mit der Sprache heraus. Nein! Es sei höchst unwichtig! Er wurde aber so dringend, daß sie schließlich mit ihrem Geständnisse herausrücken mußte. Und so erzählte

er, daß sie wiederholt von einem ziemlich großen, schlanken, glattrasierten, brünetten Herrn verfolgt worden war, der schließlich eine Besuchskarte in ihren Regenschirm gleiten ließ. Sie hatte die Karte gestern abend entdeckt. Daher konnte sie den Namen...

Réal wurde wütend:

„Was, dieser Stiefel hat gewagt...“

Yvonne war auch sehr, ihn so erregt zu haben, und tat alles, ihn zu beruhigen. Er aber war blaß vor Zorn und ballte die Fäuste.

„Und da erlaubt er sich noch, hierher zu kommen. Er hat Sie verfolgt, hat Sie hier eintreten gesehen. Ich werfe ihn die Treppe hinunter, diesen Straßenzungen.“

Sie ließ nicht ab, ihn zu beruhigen, und war ebenso erfrant über seine Heftigkeit wie über seine pöhlliche Nachgiebigkeit, als sie ihm gute Worte gab. Warum dieser wütende Aerger, und woher stammte ihr Einfluß auf ihn?

Er ging hinaus und war im Augenblick wieder da.

„Schon zurück?“

„Nun, es hat nicht lange gedauert. Der Dummkopf hat einen Vorwand gesucht: die Empfehlung einer Maschinen-schreiberin. Er hat mich gefragt, ob ich nicht jemand kenne... Beruhigen Sie sich, ich war knapp, aber ganz höflich. Kann man sich eine solche Frechheit vorstellen?“

Wieder wurde an die Tür geklopft.

„Herr Maxime Dupont.“

„Kann ich denn nicht fünf Minuten Ruhe haben?“

Indes das Ende seiner Arbeitszeit war nahe. Er ließ Dupont eintreten, während Yvonne sich fertig machte. Sie trafen einander auf der Schwelle. Dupont war nach seiner Gewohnheit mittelam und herzlich. Er erkundigte sich nach dem Wohlbefinden, dann nach den Arbeiten seines alten Freundes und fragte dann plötzlich:

„Habe ich dich gestört? Du hattest eine Dame bei dir?“

„Meine Schreiberin.“

Dupont ließ einen anerkennenden Pfiff vernehmen.

„Ein hübsches Mädel!“

Dann wurde er vertraulich:

„Unter uns, wie? Was?“

Réal fragte trocken:

„Was meinst du eigentlich?“

„O nichts, gar nichts.“

„Es ist eine hochachtbare junge Dame, und ich würde mir niemals erlauben... Ich bin nicht wie dieser Straßenzungen Pelletier... Würdest du es für möglich halten?“

(Fortsetzung folgt.)







# Preussischer Landtag

Mittwoch, den 14. Dezember

In der fortgesetzten zweiten Beratung des Kultusetats. Abschnitt höhere Lehranstalten. Spricht sich Abg. Dr. Gottschall (Dem.) für Beibehaltung des religiösen Unterrichtes als Grundlage der Menschenbildung aus.

Es folgt die Besprechung des Abschnittes Lehrerbildungs- und Volksschulwesen.

Abg. Simon-Neufuss (Soz.): Wie vermieden in der Rede des Ministers jealöse grundsätzliche Stellungnahmen, insbesondere zum Volksschulwesen. Wird der Minister dafür sorgen, daß die Grundlage der Abklärung der Leistungen des Staates an die Kirche baldmöglichst aufgestellt werden? Noch viel Überlebter Ballast muß aus den Lehrplänen der Volksschulen hinaus. Erst wenn der Geist des Sozialismus sich in den Schulreformen voll ausgewirkt hat, wird es möglich sein, ein neues und freies Geschlecht heranzuzüchten.

Abg. Gottwald (Ztr.): Wir verlangen vom Minister, dafür zu sorgen, daß der christliche Teil der Bevölkerung im kommenden Reichsschulgesetz die Rüdlichkeit findet, die ihm gebührt.

Abg. Althoff (Ztr.): Der Beruf als Lehrerin läßt sich mit der Mutterpflicht und der Hausfrauendienstlichkeit nicht vereinigen. Die Familie ist für uns die gottgegebenen Grundlage der Erziehung. Kultusminister Böhm: Man kann nicht weltliche Schulen draußens gründen. Die Sammellassen für die Kinder ohne Religionsunterricht, die mein Amtsvorgänger Hansen einrichtete, will ich nicht abschaffen, aber diese Sammellassen sind keine weltlichen Schulen. Die weltliche Schule wird kommen, aber sie man in freier Konkurrenz mit anderen Schülarten zeigen, was sie kann.

Abg. Kollmann (U.S.P.): Die Einheitschule erfordert einen einheitlichen Lehrplan mit einheitlicher Ausbildung. Das Seminarbildungswesen hat verlangt. Der Zwang auf die Landlehrer, die Organisationsfähigkeit zu übernehmen, ist unwirksam und muß verschwinden. Der heutige Religionsunterricht ist eine Verwundung am menschlichen Geist. Der Geschichtsunterricht und die Schulpflicht werden vielfach noch im alten wilhelminischen Geiste erteilt.

Abg. Schneider (Rom.): Zum Klassenstaat gehört webernotwendig die Klassenchule. Die kommunizistische Schule wird eine Schule der Gerechtigkeit, Freiheit und Menschlichkeit sein. Für den Religionsunterricht ist in ihr als Verdummungsunterricht kein Raum.

Abg. Herrmann (Dem.): Auf dem Gebiete der Kulturpolitik ist unsere Freiheit Gott sei Dank unangestoßen. Von dieser Freiheit muß der weiteste Gebrauch gemacht werden. Was wir auf dem Gebiete erzielen, ist wertvollste Wiederarbeitsarbeit.

Der Kultusstaat wird entsprechend den Anträgen des Hauptauschusses angenommen. Damit ist die zweite Lesung des Kultusetats erledigt.

Das Haus tritt darauf in die Beratung der in der Besprechung verbundenen Haushalts der Zentralverwaltungskassen, der Seehandlung, der Staatskassenverwaltung, des Finanzministeriums und der Allgemeinen Finanzverwaltung ein. Die Redezeit ist auf eine Stunde für jede Fraktion beschränkt; die Zeit kann von einem Redner ganz oder geteilt von zwei Rednern in Anspruch genommen werden.

Abg. Videmann (Soz.): Die Finanzen des preussischen Staates müssen auf eine festere Basis gestellt werden. Preußen muß in der Lage sein, aus eigener Kraft mehr Ausgaben zu ermöglichen und eigene Steuermöglichkeiten auszunutzen. Nur so ist es möglich, dafür zu sorgen, daß die sozialen und kulturellen Aufgaben Preußens nicht leiden. Die Republik hat alle Ursache, sich zu hüten, nicht in den Fehler des alten Staates, in die Schuldenwirtschaft, zu verfallen.

Abg. Blank (Ztr.): Die Einnahmen Preußens hängen von den Reicheinnahmen ab. Die Erhöhung der Körperschafts-, Umsatz- und anderer Steuern wird auch für Preußen einen Anteil bringen. Für 1921 haben wir mit 888 Millionen Mark Defizit

zu rechnen. Das Zentrum fordert, und das mit Recht, bei der Ernennung der höheren politischen Beamten eine Berücksichtigung, wie sie der Stärke der Partei im Hause entspricht.

Die Sitzung dauert bis 10 Uhr nachts. Wir bringen den Schlußbericht in der Abendausgabe

## Aus den Reichstagsausschüssen

### Der Heineke Schieferlass

Im Rechtsausschuß des Reichstages sollte am Mittwoch der Antrag auf Aufhebung des Heineke'schen Schieferlasses zur Beratung kommen. Er stand als erster Punkt auf der Tagesordnung. Der Vorsitzende schlug aber vor, zunächst das Lohnbestimmungsgegesetz zu verhandeln, weil dies eiliger sei. Genosse Rosenfeld protestierte dagegen, indem er erklärte, daß es kaum etwas Eiligeres gebe, als den Schutz vor der Erziehung Gefangener durch Polizeibeamte. Trotzdem beschloß der Ausschuß, die Beratung des Schieferlasses zurückzustellen. Als dann das Lohnbestimmungsgegesetz erledigt war und die Beratung des Schieferlasses begonnen werden sollte, erhob Abg. Gracie (Dnl.) dagegen Einspruch, mit der Behauptung, er kenne den Schieferlass nicht, auch die anderen Abgeordneten hätten ihn nicht gelesen. Der Gegenstand könne erst dann beraten werden, wenn Abdruck des Schieferlasses zur Stelle geschafft seien. Genosse Rosenfeld und Dr. Herzfeld (Rom.) protestierten gegen die abermalige Verschiebung der Beratung. Genosse Rosenfeld wies darauf hin, daß der Schieferlass in der "Freiheit" veröffentlicht worden sei. Man müsse doch von den Abgeordneten verlangen, daß sie die Tagespresse lesen. Der Ausschuß beschloß, die Aufhebung des Schieferlasses auf die Tagesordnung der Donnerstagssitzung des Rechtsausschusses zu setzen.

### Schutz des Existenzminimums

Der Rechtsausschuß des Reichstages beriet am Mittwoch die Vorlage der Regierung, die zum Ziele hat, Löhne und Gehälter in höherem Maße als bisher vor Pfändungen zu schützen. Die Regierung schlug in ihrer Vorlage als Grenze des pfändbaren Einkommens die Summe von 8000 Mark vor. Diese Grenze ist unzureichend. Genosse Rosenfeld beantragte daher, die Grenze auf 15000 Mark festzusetzen. Abg. Kallier (Soz.) schloß sich dem an. Die bürgerlichen Parteien verhielten sich unserem Antrage gegenüber ablehnend. Die Demokraten schwankten, und es ergab sich bei der Abstimmung ein sehr merkwürdiges Resultat. Der Antrag der Unabhängigen, Festsetzung der Grenze auf 15000 Mark, erhielt nur die Stimmen der drei sozialistischen Fraktionen. Bei der Abstimmung über die Höhe des pfändungsfreien Gehalts niederten sich die Demokraten zunächst der Abstimmung. Infolgedessen wurde auch dieser Antrag abgelehnt und 10000 Mark beschlossen. Bei der Abstimmung über die Pfändungsgrenze beim Lohn stimmten die Demokraten plötzlich mit, und so ergab sich hier eine Mehrheit für die Grenze von 12000 Mark. Dieser Widerspruch mußte beseitigt werden. Es wurde deshalb eine neue Besetzung vorgenommen und mit den Stimmen der drei sozialistischen Parteien und der Demokraten für Löhne und Gehälter eine Grenze von 12000 Mark beschlossen.

### Änderungen in der Unfallversicherung

Die Behandlung des Regierungsentwurfs im Ausschuß des Reichstages hat eine Einigungsbasis in folgender Weise ergeben. Des Bedürftigkeitsprinzips bleibt bestehen, gilt aber für die Rentenempfänger mit 50 und mehr Prozent als Bejahung. Rentenempfänger unter 50 Prozent bekommen keine Zulagen. Die Zulagen für die um 50 und um mehr Prozent Erwerbsbeschränkten sollen gleich sein der Differenz zwischen der Rente und dem Betrage, den die Rente ausmachen würde, wenn sie berechnet wäre nach einem Jahresarbeitsverdienst von 12000 Mark. In der Landwirtschaft wird 8100 Mark als Grundlohn

angenommen. Dabei werden die Koharbeiter den gewerblichen Arbeitern gleichgestellt. Selbstversicherte Unternehmer in der Landwirtschaft fallen bei der Gewährung der Zulagen aus. Die Pfändungsbestimmungen in der Rentenversicherung werden gestrichen. Genosse Kallier versuchte vergebens, weitere Verbesserungen durchzusetzen. Vor allem gelang es nicht, den um weniger als 50 Prozent Geschädigten eine Zulage zu sichern. Genosse Kallier ließ aber keinen Zweifel darüber, daß die Frage damit nicht erledigt ist, sondern wieder aufgegriffen werden wird, wenn es nicht gelänge, sie in dieser Vorlage zu verwirklichen. Als Jahresarbeitsverdienst hatten unsere Genossen 15000 Mark vorgeschlagen, und zwar gleichmäßig für die landwirtschaftlichen sowie für die gewerblichen Berufsgenossenschaften.

### Änderungen in der Krankenversicherung

Dem Reichstage lag ein Antrag der Unabhängigen sozialdemokratischen Fraktion vor, nach dem der Grundlohn in der Krankenversicherung von 24 M. auf 100 M. als Pflichtgrenze und von 30 M. auf 120 M. als "Kann"-Grenze erhöht werden sollte. Unsere Fraktion wollte damit einen unhaltbaren Zustand in der Krankenversicherung beseitigen, nach dem das Krankengeld auf höchstens 22,50 M. täglich festgesetzt werden darf. Vom Genossen Kallier wurde im Sozialen Ausschuß darauf hingewiesen, daß über diesen Antrag unbedingt noch vor Weihnachten verhandelt werden müßte. Dem lächelte sich der Ausschuß an. Die Regierung teilt darauf mit, daß sie bereits einen Entwurf fertiggestellt habe. Dieser wurde dann als Grundlage der Behandlung genommen und in die Form eines Initiativantrages aller Parteien an das Plenum gebracht und dort verabschiedet. Das Gesetz ist ein Präzedenzfall, da die Frage im Zusammenhang mit weiteren notwendigen Änderungen im kommenden Jahre sofort auf neue Beratung steht. Das Gesetz sieht vor, daß der Grundlohn als Pflichtgrenze 40 M. und als Kanngrenze bis zu 80 M. täglich betragen soll. Das Krankengeld kann im Höchstfalle 420 M. wöchentlich betragen. Entsprechend dem erhöhten Grundlohn steigt selbstverständlich auch der Beitrag. Einer Sachungsänderung der Raten bedarf es wegen der Erhöhung des Grundlohnes nicht. Der Vorstand hat vielmehr die Änderungen des Grundlohnes vorzunehmen. Ueber 40 M. den Grundlohn zu erhöhen, ist dem Vorstand nicht möglich, es sei denn, daß die Raten bereits über die Pflichtgrenze hinausgegangen war. Ueber 60 M. darf aber auch in solchen Fällen der Vorstand nicht hinausgehen. Die Versicherungsbeiträge sind abzuheben von Arbeitern usw. für die eine Grenze nicht besteht, auf 40000 M. Jahresarbeitsverdienst erhöht. Dem Kassenvorstand wird das Recht eingeräumt, freiwillig Versicherte, die sich in der niedrigsten Stufe versichern dürfen, in eine höhere Stufe zu versetzen.

### Ein Gesetz gegen die Devisenspekulation

Die wüste Devisenspekulation der letzten Zeit, die so Unheilsolltes in Bezug auf die Marktwertung im Gefolge hatte, veranlaßte die Regierung, dem Reichstage einen Gesetzentwurf zu unterbreiten, durch den diesem Treiben Schranken gezogen werden sollen. Nach diesem Gesetzentwurf dürfen ausländische Zahlungsmittel nur mit oder durch Vermittlung der Reichsbank oder solcher Banken oder Bankiers abgeschlossen werden, die gemäß § 2 des Gesetzes gegen die Kapitalflucht Depot- oder Depositen-geschäfte geschäftsmäßig betreiben dürfen und die, soweit sie nicht Staatsbanken sind, im Handelsregister eingetragen sind und soweit sie ihren Geschäftsbetrieb im Ortsbereich einer inländischen Staatsbank anerkannten Kontobühre haben, anßerdem diese Kontobühre regelmäßig besuchen oder durch ihren Vertreter besuchen lassen. Nach der Begründung bezweckt der Gesetzentwurf, diese Spekulation, soweit sie von unehrlichen Elementen lediglich aus Gewinnlust betrieben wird, nach Möglichkeit auszuschalten. Um jedoch das reguläre Geschäft nicht zu verhindern, da Deutschland auch nicht unbeträchtlicher Mengen ausländischer Zahlungsmittel bedarf, dürfe man die Kreise nicht allzu eng ziehen.

# SO kaufen Sie bei uns!

**Flotter Mantel**  
aus hübschem strapazierfähig. Fantasiestoff mit mod. Samtgarnitur

**Mod. Mantel**  
mit dem eleg. Passenschnitt. Reich bestickt

**Jugendl. Mantel**  
aus hübsch. Zibellinestoff. Reiche Stepperverzierung.

**Mod. Mantel**  
aus kräftiger Diagonaleware mit den beliebtesten bestickt. losse hängenden Seitenteile

## 115.- 135.- 165.- 195.-

Nur ein Stück an jeden Kunden! Kein Verkauf an Wiederverkäufer!

**C&A**

**Königstraße 33**  
Am Bahnhof Alexanderplatz  
**Chausseestraße**  
Beim Stettiner Bahnhof



